

29./xI. 1914.**Ausschussitzung des Reichsverbandes deutscher Städte.**

Der Reichsverband deutscher Städte hat am 24. November eine Kriegsausschussitzung abgehalten. Vor allem wurden verschiedene wichtige mit dem gegenwärtigen Kriegszustande zusammenhängende Fragen beraten. Man beschloß die Mitwirkung der städtischen Verwaltungen dafür aufzurufen, daß die Aufzucht von Kleinvieh (Schweinen, Schafen usw.) gefördert werde. Weiter soll bei der Reichsregierung angeregt werden, Maßregeln zu erwägen, die es verhindern, daß die Wollpreise unangemessen steigen. Der Ausschuß nahm Kenntnis davon, daß der Hansabund durch eine besondere Organisation unter tätiger Förderung der Regierung eine Kriegskreditkasse für den deutschen Mittelstand geschaffen habe, und es wurde beschlossen, auf diese Kasse die Gemeinden aufmerksam zu machen. Sodann wurde über die Unterstützungsmittel beraten, die von den Gemeinden für Ostpreußen und Elsaß-Lothringen eingegangen waren. Bei den Mitgliedern des Verbandes soll eine Umfrage veranstaltet werden, um festzustellen, welche Kriegsnotstandsmaßnahmen die einzelnen Städte seither getroffen haben. Diese Umfrage soll einmal dazu beitragen, den Städten weitere Anregungen für solche Maßnahmen zu geben, und ferner will der Verband eine Gesamtübersicht über die Notstandsmaßnahmen der kleinen Städte für die Zukunft festgelegt haben. Mit Rücksicht darauf, daß Gebäude und Mobiliar durchweg bei den Bundesstaaten nicht gegen Kriegsschäden versichert sind und werden können, daß auch anderseits — wie der Verlauf des Krieges gezeigt hat — einzelne Teile des Deutschen Reiches besonders schwere Schäden erlitten haben, hat der Vorstand Schritte erwogen, wie es zurzeit möglich ist, Ersatz für diese Schäden zu erlangen. Insbesondere glaubte der Ausschuß, daß dabei auch die Mitwirkung der Reichsregierung notwendig sein werde.